

Herrn
Bundespräsident
Ueli Maurer
Bernhof
3003 Bern

Ostermundigen, 12. Dezember 2019
jg

Resolution für gerechte und sichere Renten!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Am 25. November 2019 hat der PVB mit mehr als 100 ehemaligen Angestellten des Bundes und seiner Betriebe und heutigen Pensionierten einen Rentnerkongress in der Kaserne Bern durchgeführt. Die Anzahl der Teilnehmenden widerspiegelt ein reges Interesse der PVB-Mitglieder an den Rentenfragen und zeigt die Sorgen, die sie sich um ihre finanzielle Zukunft machen.

Aktuelle Rentenhöhe, Beizug bei Sanierungen, stets steigende Krankenkassenprämien, keine erhaltene Teuerung in der 2. Säule seit 2005 waren die meist gefallenen Themen in den engagierten, konstruktiven und spannenden Diskussionen.

Die Initiative «Für eine generationengerechte Altersvorsorge» mit der möglichen Einführung von Wackelrenten führt zu grosser Verunsicherung und giesst zusätzlich noch Öl ins Feuer.

Gemäss Bundespersonalgesetz kann das Vorsorgewerk Bund die Renten erst ab einem Deckungsgrad von 115 % der Teuerung anpassen. Der Deckungsgrad ist zwar stabil, jedoch weit entfernt von diesem Zielwert.

Deshalb fordern die ehemaligen Mitarbeitenden des Bundes, im Sinne eines ausserordentlichen Teuerungsausgleiches eine einmalige Zulage von CHF 750 als teilweise Kompensation für den Kaufkraftverlust. Längerfristig soll die Teuerung ganz oder teilweise kompensiert werden.

Der Rentnerkongress hat zusätzlich zu der erwähnten Einmalzulage einstimmig eine Resolution mit weiteren Forderungen verabschiedet:

- Laufende Renten dürfen auch künftig nicht zu Sanierungsmassnahmen herangezogen werden.
- Die technischen Parameter der laufenden Renten sind unantastbar.

- Flexible Renten in der 2. Säule sind vehement zu bekämpfen - heute und in Zukunft.
- Optimierung der BVG-Aufsicht mittels «Leitplanken gegen Missbrauch in Vermögens- und Finanzverwaltung».
- Auf Pensionskassengelder dürfen keine Negativzinsen erhoben werden.

Wir bitten Sie die Inhalte der Resolution aufzunehmen und entsprechende Massnahmen einzuleiten. Gerne sind wir bereit in einem Gespräch die Beweggründe und die Forderungen detailliert darzulegen.

Auf Ihre Antwort und ihr Handeln sind wir sehr gespannt.

Freundliche Grüsse

PVB | APC

Barbara Gysi, Nationalrätin
Verbandspräsidentin

Janine Wicki
Generalsekretärin

Resolution des PVB-Pensioniertenkongresses | 25. November 2019

Für gerechte und sichere Renten!

Die folgende Resolution wurde von den Teilnehmenden des PVB-Pensioniertenkongresses verabschiedet:

Die zweite Säule hat ein Leistungsproblem. Die durchschnittlichen Pensionskassenrenten der Neurentner_innen sinken seit ein paar Jahren, obwohl die Löhne steigen und die Wirtschaft wächst. Der PVB fordert, dass der Verfassungsauftrag umgesetzt wird: die Renten aus AHV und zweiter Säule sollen die „Fortsetzung des gewohnten Lebens in angemessener Weise“ ermöglichen – auch für Leute mit tiefen und mittleren Einkommen.

Der PVB stellt sich deshalb vehement gegen das kürzlich unter dem irreführenden Namen "Für eine generationengerechte Altersvorsorge" lancierte Initiativprojekt zur Einführung von Wackelrenten in der 2. Säule. Ein solches Modell höhlt das Rentensystem aus, führt zu schwankenden Einkommen und damit zu Prekarität und Unsicherheit im Alter.

Eine Rente besteht in einem verlässlichen regelmässigen Einkommen. Sonst verlieren die Arbeitnehmenden jegliches Vertrauen in die 2. Säule. Die Planbarkeit entspricht nicht nur dem Bedürfnis der Mehrheit, welche vor der Pensionierung steht, sondern ist für die meisten ein ökonomischer Zwang. Pensionierte haben nach dem Erwerbsleben kaum mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Einkommenshöhe zu nehmen.

Zudem erhielten die Rentner der PUBLICA bis 2003 jeweils denselben Teuerungsausgleich wie die Aktiven. Sollten die finanziellen Mittel der PUBLICA einen solchen Teuerungsausgleich nicht ermöglichen, sah das damalige PKB-Gesetz eine Garantie des Bundes über 50 Prozent des Teuerungsausgleiches vor. Dies in der Meinung, dass die Aktienmärkte in ihrer Funktion als dritter Beitragszahler in der Regel mehr als die zur Deckung der Renten benötigte Rendite abwerfen würden und der Teuerungsausgleich dadurch finanziert werden könnte. Die gesetzliche 50 Prozent Garantie kam bereits 2004 zum Tragen. Durch die Finanzkrise wurden wir mit neuen Realitäten konfrontiert: Der Aktienmarkt wird auf absehbare Zeit nur noch knapp in der Lage sein, die benötigte Rendite zur Sicherung der Renten zu erwirtschaften. Darüberhinausgehende Erträge sind illusorisch. Mit dieser neuen Ausgangslage vor Augen wurde auch diese Garantie 2005 gestrichen. Die nicht kompensierte Teuerung auf den Renten ist in der Zwischenzeit auf 4.7 Prozent aufgelaufen.

Deshalb fordern wir vom Bundesrat:

- Als Sofortmassnahme ist den Rentner_innen der Pensionskasse PUBLICA **eine einmalige nicht versicherte Zulage von CHF 750 als teilweise Kompensation für den Kaufkraftverlust zu gewähren**. Längerfristig soll die Teuerung ganz oder teilweise kompensiert werden.
- Renten dürfen auch künftig **nicht zu Sanierungsmassnahmen herangezogen werden**.
- Die technischen Parameter der laufenden Renten sind **unantastbar**.
- **Flexible Renten in der 2. Säule sind vehement zu bekämpfen** - heute und in Zukunft.
- **Optimierung der BVG-Aufsicht** mittels «Leitplanken gegen Missbrauch in Vermögens- und Finanzverwaltung».
- Auf Pensionskassengelder dürfen **keine Negativzinsen** erhoben werden.